

Staatsfinanzen

Auf den kommenden Seiten laden wir Sie auf einen Spaziergang ein durch unwegsames und dorniges Gelände. In den schönen Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen gehörte die jährliche Budgetplanung des Staates zu den Themen, die man nicht ungern anderen, hoffentlich kompetenteren Leuten überließ. Seit aber die öffentliche Hand nicht mehr alle Wünsche befriedigen kann und sich Konflikte um die Verteilung der staatlichen Zuwendungen und Investitionen ankündigen, kann es nicht schaden, ein paar grundsätzliche Zusammenhänge zu verstehen. Wir haben deshalb versucht, auf den kommenden Seiten einige Beiträge zu versammeln, die aus unterschiedlicher Perspektive das Thema beleuchten, das – davon sind wir überzeugt – noch lange im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen wird.

Im Rahmen dieser Zusammenstellung wird eines deutlich: Abgesehen von der immer noch besinnungslos um das Goldene Kalb tanzenden CGFP (deren Pressemitteilung vom 1. Februar wir auf S. 24 abdrucken) sind alle Autoren dieser Ausgabe der Ansicht, dass der luxemburgische Staat in seiner Haushaltspolitik umsteuern muss. Denn das auf extremem Wachstum basierende Modell der letzten 30 Jahre (siehe René Winkin ab S. 28), das die Grundlage der derzeitigen Einnahme- und Ausgabepraxis darstellt, hat sich zur großen Überraschung der Politik als nicht nachhaltig erwiesen und bietet keine Antwort auf das veränderte makroökonomische Umfeld. Als Reaktion werden üblicherweise zwei gegensätzliche Alternativen vorgeschlagen: einerseits die Überprüfung der Effizienz der einzelnen Ausgabenposten des Staates und ihre schrittweise Absenkung auf ein international übliches Niveau (siehe Carlo Thelen ab S. 37), andererseits die Erhöhung oder (Neu-)Einführung einzelner Steuerarten (André Hoffmann ab S. 25 und Robert Urbé ab S. 42), um auch bislang privilegierte

Kreise und Unternehmen stärker in die Verantwortung zu ziehen.

Es könnte sich herausstellen, dass die Lösung irgendwo dazwischen liegt, nämlich im „sowohl als auch“. Tatsächlich ist unser Staat sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite ein Sonderfall. Es ist ein Land, in dem sich aufgrund einmaliger historischer Umstände für eine kurze Zeitspanne ein kleines Wunder realisierte: hohe Staatsausgaben (Investitionen und sozialstaatliche Ausgaben) gingen einher mit einem auf vielen Ebenen konkurrenzlos günstigen steuerlichen Umfeld.

Wir hoffen, dass der interessierte Leser seinen Weg durch das Gelände findet, zur Unterstützung haben wir ihm auf S. 34 ein kleines kritisches Wörterbuch zur Hand gegeben. Das Dossier lässt sich auch an anderer Stelle beginnen, etwa mit dem allerletzten Beitrag (Adrien Thomas und Patrick Thill ab S. 50), der den politischen Rahmen absteckt, in dem bislang die Verhandlungen geführt wurden. An den finanzpolitischen Rahmen, den die europäischen

Verträge vorgeben, erinnern Jean-Pierre Schoder, Amela Hubic und Muriel Bouchet in ihrem Beitrag ab Seite 46. Lucien Thiel beschreibt die Aufgaben des Budgetberichterstatters (ab S. 31) und schließlich freuen wir uns, dass der Wirtschaftswissenschaftler und emeritierte Professor Guy Kirsch zur Einleitung eine paar grundsätzliche Überlegungen beisteuert (S. 20), denen Raymond Klein seine wie immer sehr nuancierte Analyse gegenüberstellt (S. 22).

Auf dem Cover ist übrigens ein Auszug aus dem Budget 2010 abgebildet u. a. mit dem Budgetposten Nr. 33.014, der die geplanten Ausgaben zur Unterstützung aller (anerkannten) Kulturzeitschriften aufführt. Das Gesamtbudget dieses Postens (120 000 Euro) ist gegenüber dem letzten Haushaltsjahr 2009 nicht gefallen, so dass wir auch für 2010 der guten Hoffnung sind, dass wir eine Subvention in Höhe der bislang üblichen 25 000 Euro erhalten. Irgendwie hatten wir die Sorge, dass der Rotstift uns selber schon dieses Jahr treffen könnte – nicht auszudenken ... ♦

JST

